

Berichte der Gemeinderatssitzung vom 7. Dezember 2020

Rathausplitter

Bürgermeister Norbert Swoboda teilte mit, dass die Linde beim Gebäude Vogtsbauernhof 2, die der Gemeinde gehört, von der Baumpflegefirma Bauer gesichert worden ist. Es erfolgte eine Grundpflege und Totholzentnahme sowie ein Einkürzen des Baumes um ca. 1 bis 1,50 m. Die Kosten hierfür haben sich auf 1.871 € belaufen.

Bezüglich der Corona-Pandemie teilte er mit, dass bislang kein Schulkind erkrankt ist. Es habe lediglich 2 Fälle gegeben bei denen das jeweilige Kind aufgrund eines Kontakts in Quarantäne musste. Der Kindergarten, hier insbesondere die Kinderkrippe, sei allerdings betroffen gewesen. Derzeit gebe es noch 5 aktive Fälle in Lauterbach, wovon 3 Fälle wegen Fristablauf am Mittwoch 09.12.2020 bereits wieder wegfallen. Zu den anderen beiden aktiven Fällen seien noch keine näheren Informationen bekannt.

Er gab bekannt, dass für ein Bauhoffahrzeug, den sogenannten JCB, eine größere Reparatur in Höhe von 5.538 € angefallen ist.

Außerdem unterrichtete Bürgermeister Norbert Swoboda den Gemeinderat ausführlich über die Ergebnisse einer Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 24. November 2020.

Zudem gab er das Ergebnis einer Vorort-Begehung am 20. November bezüglich einer möglichen Fahrradwegekonzeption zwischen Schramberg und Lauterbach bekannt. Bei dieser Besprechung waren Tiefbauamtsleiter Konrad Ginter und der Radbeauftragte der Stadt Schramberg Gunnar Link anwesend. Einen durchgehenden Radweg anzulegen wird sehr schwierig. Noch am einfachsten ist der Bereich zwischen der Lauterbach-Brücke und dem Bereich Meierhof. Im unteren Bereich von Schramberg bis Sammelweiher ist eine Anlegung nahezu unmöglich. Geprüft wird die Wegeverbindung hinter der ehemaligen Firma Junghans bis in den Bereich Sammelweiher/Lauterbachbrücke. Um einen Felsbereich herum müsste allerdings mit einer Auskragung gearbeitet werden. Es soll geprüft werden, ob Fördermittel zur Verfügung stehen. Auch die Kostenfrage insgesamt bedarf einer Überprüfung. In diesem Zusammenhang bat Ansgar Fehrenbacher, die genannten Bereiche in einem Plan darzustellen um sie gegebenenfalls, so Bürgermeister Norbert Swoboda, im Rahmen einer Klausurtagung besprechen zu können.

Weiter sprach Bürgermeister Norbert Swoboda einen möglichen Pakt zwischen dem Land und den kommunalen Landesverbänden hinsichtlich des Klimaschutzes in Baden-Württemberg an. "Die Gemeinde Lauterbach wird diese unterstützende Erklärung abgeben, da ein Beitritt nach Auskunft des Gemeindetages den Vorteil mit sich bringt, dass man bei einigen Fördermaßnahmen, vor allem aus dem Förderprogramm "Klimaschutz plus" von einem höheren Fördersatz profitieren kann". Ziel ist es, bis zum Jahr 2040 eine weitgehend klimaneutrale Verwaltung im Sinne der Vereinbarung zu erreichen.

Photovoltaikanlagen auf weiteren Dächern von Gemeindegebäuden möglich

Gemeindehaus, Rathaus und Haus des Gastes sind geeignet

Bekanntlich hatte der Gemeinderat schon vor längerer Zeit beschlossen, auf dem Dach des Galeriegebäudes, Hauptstraße 17, eine Photovoltaikanlage anzubringen. Diese Anlage wurde bereits installiert. Beim Sportheim, Wiesenwegle 17, erfolgt die Beratung hinsichtlich einer möglichen Anlage im Zuge der noch anstehenden Gespräche im Zusammenhang mit der Generalsanierung des Sportheims.

"Übrig bleiben dann noch mögliche Anlagen auf den Dächern des Gemeindehauses, Pfarrer-Sieger-Straße 15 und des Rathauses bzw. des Haus des Gastes, Schramberger Straße 5 und 7", erläuterte Bürgermeister Norbert Swoboda.

In der Gemeinderatssitzung konnte er Patrick Gießhaber begrüßen. Dieser hatte den Auftrag erhalten, grundsätzlich zu prüfen ob entsprechende Anlagen auf Dächer der Gemeindegebäude sinnvoll bzw. rentabel sind.

Patrick Gießhaber selbst ging zunächst auf seine durchgeführten Ermittlungen ein. "Im Rahmen einer solchen Ermittlung sind zahlreiche Kriterien zu überprüfen", sagte er.

"U.a. ist zu berücksichtigen, dass die genannten Dächer im Gemeindehaus sowie beim Rathaus/Haus des Gastes ca. 8-12 Wochen keine direkte Sonneneinstrahlung erhalten. Zudem stellt sich die Frage, ob mit oder ohne Stromspeicher gearbeitet werden soll. Als pauschales Gesamtergebnis konnte er feststellen, dass in beiden Bereichen für Photovoltaikanlagen eine Wirtschaftlichkeit gegeben ist. Insbesondere aufgrund des hohen Strombedarfs in beiden Bereichen macht eine Eigennutzung mit Stromspeicher Sinn", erläuterte er. Sofern eine Photovoltaikanlage im Bereich Rathaus/Haus des Gastes während der anstehenden Sanierung des Daches erfolgt, können Synergieeffekte vor allem hinsichtlich des Gerüstbaus genutzt werden. Er teilte mit, dass ganz grundsätzlich beim Gemeindehaus eine Anlage mit 60 KW peak und beim Rathaus/Haus des Gastes eine solche mit ca. 30 KW peak möglich ist. Auf Anfrage von Sonja Rajsp bestätigte er, dass sofern ein Speicher eingebaut wird, bis zu 60 % des gewonnenen Stromes selbst verbraucht werden kann. Auf Anfrage von Stefan Weinmann erläuterte Bürgermeister Norbert Swoboda das mögliche weitere Procedere. Je nachdem, ob eine Sanierung des Daches beim Rathaus/Haus des Gastes bereits 2021 möglich ist, müsste dann auch zu diesem Zeitpunkt eine Photovoltaikanlage eingeplant werden. Ansgar Fehrenbacher schlug vor, eine weitere belastbare Aussage eines Fachbüros, ob sich die Anlagen lohnen, einzuholen. Dies, so Bürgermeister Norbert Swoboda, müsste dann über ein externes Büro abgewickelt werden. Sonja Rajsp gab zu bedenken, dass grundsätzlich eine Wirtschaftlichkeit im Solaratlas Baden-Württemberg bereits abgebildet ist. Hubert Nagel schlug vor, eine mögliche Anlage auf dem Dach des Rathauses und das Haus des Gastes selbst zu betreiben und nicht zu vermieten. Doris Moosmann schlug vor, die Thematik ganzheitlich zunächst nochmals bei einer Klausurtagung zu beraten, vor allem hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen. Bürgermeister Norbert Swoboda ergänzte hierzu, dass die Photovoltaikanlagen separat zum Haushalt gesehen werden können, da es sich dabei um "rentierliche Schulden" handelt. Rolf Buchholz schlug vor, das Büro von Patrick Gießhaber zu beauftragen, eine entsprechende Ausschreibung vorzubereiten. Dies ist jedoch nicht ideal, da die Firma von Patrick Gießhaber gegebenenfalls selbst anbieten will. Ralf Schlögel schlug vor, ein externes Büro zu beauftragen, das Kriterien erarbeitet nach denen vergleichbare

Angebote abgegeben werden können. Sonja Rajsp regte an, die Energieagentur in Rottweil einzubeziehen. In diesem Zusammenhang nannte sie auch die Bodenseestiftung die Photovoltaik-Projekte für Kommunen begleitet.

Konsens im Gemeinderat war, dass mit einem Fachbüro entsprechenden Komponenten zusammengestellt werden, um eine vergleichbare Ausschreibung zu ermöglichen.

Haushaltsplan 2021 im Gemeinderat eingebracht - Umfangreiches Zahlenwerk mit zahlreichen Maßnahmen im kommenden Jahr - Veranschlagtes Gesamtergebnis des Planentwurfes liegt bei 98.029 € - Zahlungsmittelüberschuss bei voraussichtlich 532.912 €

Bürgermeister Norbert Swoboda ging zunächst auf den Haushaltsplan 2020 ein. "Ich hoffe, dass wir dieses Haushaltsjahr ohne Fehlbetrag abschließen können. „Bereits im Vorfeld der Einbringung ging er auf den Straßenausbau mit Kanalsanierung und Wasserleitung im Kammermartinsdobel ein. Diese ist für 2021 geplant. Aufgrund der dortigen hohen Kosten schlug er vor, die Rathaussanierung zu schieben. Er gab zu bedenken, dass im neuen Haushaltsrecht zahlreiche Positionen zusammengefasst sind, dass jedoch auch ein Großteil der Zahlen sogenannte Fixkosten sind, die nicht oder kaum veränderbar sind.

Kämmerer Alexander Hofer schlug vor, die Gebühren und Steuersätze im kommenden Jahr zu belassen. Bürgermeister Norbert Swoboda teilte mit, dass diese im kommenden Jahr neu kalkuliert werden, damit 2022 dann gegebenenfalls eine Anpassung erfolgen kann.

Der Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge liegt bei 6.527.157 €, während der Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen 6.429.129 € ergibt. Aus diesen Zahlen ergibt sich ein veranschlagtes ordentliches Ergebnis von 98.029 €. Der Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushaltes schließt mit 537.912 € und ist wie die frühere Zuführungsrate zu bewerten. Die gesamten Abschreibungen bezifferte Kämmerer Alexander Hofer mit 654.870 €. Bürgermeister Norbert Swoboda gab zu bedenken, dass zahlreiche Maßnahmen auch höhere Abschreibungen bedingen. Bei den Personalkosten wird mit Ausgaben von rund 1,2 Millionen € gerechnet. Im Zusammenhang mit dem Haushaltsplanentwurf stellte Kämmerer Alexander Hofer auch den mittelfristigen Finanzplan des Ergebnishaushaltes vor, in dem die Jahre bis 2024 zusammengefasst sind. Nach dem 1. Planentwurf ist eine Kreditaufnahme von 390.000 € vorgesehen. Bei den Einnahmen rechnet die Gemeinde u.a. mit Bauplatzverkäufen in Höhe von rund 200.000 €.

Im Anschluss an die Einführung stellte Bürgermeister Norbert Swoboda den gesamten Maßnahmenkatalog, der für 2021 geplant ist, vor. Im Bereich der Datenverarbeitung ist ein neues Dokumentenmanagement für 15.000 € erforderlich, zudem fallen weitere 50.000 € noch im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Haushalts- und Kassenrechts an. Aus dem vergangenen Jahr übertragen wurden Kosten für die Erstellung des Mietspiegels in Höhe von 4.500 €. Bei den Wahlen wurden 8.000 € eingestellt. Das Budget für die Feuerwehr liegt bei 6.300 €. Die Mittelanmeldungen für die Schule belaufen sich auf 39.115 €, zuzüglich Kosten für die Naturparkschule mit 6.000 €. Bei der Galerie "Wilhelm Kimmich" sind weitere 10.000 € eingeplant. Für

Planungen wie Flächennutzungsplan und Bebauungsplan sind Kosten von 15.000 € enthalten. Hohe Kosten verursachen Kanaluntersuchungen bzw. die Beseitigung von Schäden mit 150.000 €. Zusätzlich muss sich die Gemeinde an der Felssicherung beim Rabenfelsen mit 140.000 € beteiligen. Bei der Sanierung des Buswartehäuschens am Friedhof sind 15.000 € eingestellt. Bei den Straßensanierungen gibt es im Jahr 2021 lediglich ein Budget von 50.000 €. Im Bereich des Friedhofs wurde eine Planungsrate von 10.000 € aus dem letzten Jahr übertragen. Bei der Mühle Winterbauernhof entstehen Kosten von rund 75.000 €, wobei mit einem Zuschuss von 37.500 € gerechnet wird. Bei dem Verkauf von Ökopunkten rechnet die Gemeinde mit einer Einnahme von 250.000 € im kommenden Jahr. Weiter fallen 13.000 € für die Erstellung der Ortsgeschichte Lauterbach an. Im Tourismusbereich sind für verschiedene Maßnahmen 41.500 € eingestellt. Noch nicht entschieden wurde über die Sanierung des Rathauses und Haus des Gastes bei Kosten von über 1 Million €. Dort sind allerdings auch Zuschüsse aus dem Ausgleichsstock und der Ortskernsanierung eingeplant, sodass sich der Gesamtaufwand bei der Gemeinde auf rund 479.000 € belaufen würde. Bei der Veräußerung von Grundstücken ist ein Verkaufserlös von 200.000 € eingeplant. Der neue Digitalfunk bei der Feuerwehr schlägt mit 22.600 € zu Buche, für einen neuen Mannschaftstransportwagen stehen 70.000 € zur Verfügung. Hier ist bereits ein Zuschuss von 14.000 € zugesagt. Im Bereich des Sportplatzes ist ein neues Ballfangnetz für 10.000 € erforderlich. Für die neue Ortsmitte ist im Bereich des Buswartehäuschens ein Planansatz von 40.000 € vorhanden. Für den Breitbandausbau stehen weitere 20.000 € zur Verfügung. Ein kleiner Abwasserstichkanal im Bereich Diesenhof/Boschel schlägt mit 25.000 € zu Buche. Zudem ist im kommenden Haushalt die Abwassermaßnahme Spittel/Mooswald/Welschdorf enthalten. Die Finanzierung dort ergibt sich im Wesentlichen aus einem hohen Zuschuss und den Beiträgen der Anlieger. Bei der Kläranlage Schramberg muss die Gemeinde ihren Anteil in Höhe von 140.000 € tragen. Für den Ausbau der Kreisstraße sind für Kanal und Wasserleitungen 262.000 € eingestellt. Hohe Kosten von rund 189.000 € fallen für die Kanalsanierung im Bereich Kammermartinsdobel an. Der dortige Straßenbau schlägt mit 236.300 € zu Buche, wobei die Gemeinde hierfür einen Ausgleichsstockzuschuss von 70 % beantragen will. Für die Brücke Winterbauernhof wird ein Übertrag aus dem Vorjahr von 120.000 € eingestellt. Dort wird mit einem Zuschuss von 54.000 € gerechnet. Die Straßenbeleuchtungskosten beim Ausbau der Kreisstraße schlagen mit 30.000 € zu Buche. Im Bereich Friedhofstraße/Kirchplatz soll ein Bachzugang geschaffen werden. Dort wird mit Kosten von 153.000 € gerechnet, wobei ein Zuschuss von 92.100 € vorgesehen ist. Die Löschwasserbevorratung im Bereich Boschel schlägt mit 60.000 € zu Buche. Dort ist auch ein Behinderten WC im Bereich des Lagerschuppens für 30.000 € geplant. Im Tourismusbereich ist eine Stele für 14.000 € vorgesehen. Im Bereich Wasserversorgung und Energie ist bei den Wasserversorgungsanlagen der 4. Bauabschnitt mit Kosten von 283.500 € geplant, zudem ist ein größeres Notstromaggregat für die Wasserversorgung für 54.000 € abzüglich eines 50-prozentigen Zuschusses von 27.000 € vorgesehen. Auch für die reine Wasserleitung im Bereich der Straße Hölzle ergeben sich Kosten von 62.000 €. Die Wasserleitung im Bereich Kammermartinsdobel schlägt mit 164.500 € zu Buche. Im Rahmen der Vorbereitung zum Haushaltsplan 2021 stellte Architekt Jürgen Bihlmaier die Kosten für Sanierungen im Bereich des Rathauses und des Haus des Gastes vor. Diese belaufen sich auf rund 1,123 Millionen €. Auf die WC Umgestaltung im Erdgeschoss entfallen 92.000 €, während die Sanierungsarbeiten am Rathaus mit rund

405.000 € beziffert werden. Die Erneuerung der Heizungsanlage schlägt mit 173.000 € zu Buche, während der Anbau eines behindertengerechten Aufzuges Kosten von 455.000 € verursacht. Für Umbauarbeiten im ehemaligen Tourismusraum im Erdgeschoss des Rathauses seien 30.000 € erforderlich. Er und Bürgermeister Norbert Swoboda gaben zu bedenken, dass auch abschnittsweise gearbeitet werden kann. Stefan Weinmann merkte zum Gesamtpaket an, dass aus seiner Sicht noch der gesamtheitliche Ansatz fehlt. Er schlug vor, nochmals zu überprüfen, ob organisatorische Änderungen erforderlich sind.

Nach der Einbringung und Vorstellung des Zahlenwerkes wird der Beratungspunkt Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2021 in der nächsten Gemeinderatssitzung am 14.12.2020 mit der Beratung im Gemeinderat fortgesetzt.

Berichte der Gemeinderatssitzung vom 14. Dezember 2020

Gemeinderat ändert Hauptsatzung - Gemeinderatssitzungen können auch in Form von Videokonferenzen einberufen werden

"Sofern Gemeinderatssitzungen bzw. Ausschusssitzungen als Videositzungen durchgeführt werden sollen, so ist ab 01. Januar 2021 eine entsprechende Hauptsatzungsregelung erforderlich. Andernfalls ist dieses Format nicht mehr möglich", erläuterte Hauptamtsleiter Andreas Kaupp. Somit obliegt im Gemeinderat die grundsätzliche Frage, ob das Format Videositzung künftig überhaupt zum Einsatz kommt. Die jeweilige Entscheidung, ob eine Sitzung im Einzelfall in Form einer Videositzung stattfindet bzw. ob die Voraussetzungen gegeben sind, trifft der Bürgermeister im Rahmen seiner Einberufungskompetenz. Der Gemeindetag Baden-Württemberg habe seinen Mitgliedsgemeinden vorgeschlagen, in die Hauptsatzung eine entsprechende Ergänzung einzuarbeiten.

"Außerdem hat der Gemeindetag auf eine frühere Änderung hingewiesen. Gesetzlich wurde bestimmt das künftig Beratungsgegenstände unter bestimmten Voraussetzungen vom Gemeinderat auf einen Ausschuss verwiesen werden können. "Früher, diese Regelung ist tatsächlich in unserer Hauptsatzung noch enthalten, war dies mit Zustimmung von einem Fünftel der Gemeinderatsmitglieder möglich", erläuterte er. Durch die Änderung per Gesetz wurde dieses Quorum auf 1/6 abgesenkt. Zudem wurde aufgenommen, dass nicht nur der Bürgermeister die angeführte Zahl von Gemeinderäten, sondern grundsätzlich auch eine Fraktion berechtigt ist.

Sonja Rajsp regte an, Hybridsitzungen, dies sind Sitzungen unter Anwesenheit eines Teils der Ratsmitglieder im Sitzungsraum und Videozuschaltung der übrigen Mitglieder zu ermöglichen bzw. gleich in die Satzungsänderung mit aufzunehmen. Stefan Weinmann ergänzte, dass diese Möglichkeit sinnvoll ist, da durch Hybridsitzungen eine größere Flexibilität entsteht und es bei bestimmten Voraussetzungen zum Beispiel Kinderbetreuung, leichter Erkrankung etc. auch möglich ist, von zu Hause aus teilzunehmen. Bürgermeister Norbert Swoboda wies darauf hin, dass gerade solche Hybridsitzungen gesetzlich nicht ausgeschlossen sind und damit ohnehin grundsätzlich möglich sind. Letztlich wurde der Antrag von Sonja Rajsp, die Hybridsitzungen in die

Satzungsänderung mit aufzunehmen abgelehnt. Anschließend beschloss dann der Gemeinderat die entsprechende Änderung der Hauptsatzung die an anderer Stelle im Amtsblatt im Wortlaut abgedruckt ist.

Gemeinderat setzt Beratungen zum Haushaltsplan 2021 fort - Neue Heizungsanlage im Rathaus soll doch schon 2021 kommen - Verabschiedung des Haushaltsplanes noch in diesem Jahr geplant

Bürgermeister Norbert Swoboda ging zunächst auf die Einbringung des Haushaltsplanes in der letzten Gemeinderatssitzung ein. Er teilte mit, dass die Sanierung im Bereich des Rathauses nicht mehr im Planentwurf enthalten ist. Lediglich noch ca. 25.000 € für die Umgestaltung der Räumlichkeiten der ehemaligen Tourist-Info im Erdgeschoss des Rathauses sind noch enthalten. Aufgenommen wurde noch eine Summe von rund 150.000 € für eine Photovoltaikanlage im Bereich des Gemeindehauses. Zudem wurden noch die Buskosten für die Zusatzlinien im kommenden Jahr anlässlich der Sanierung der Kreisstraße in den Haushaltsplan aufgenommen. Bei der Position "Ortskernsanierung" wurden 70.000 € eingestellt, die für private Maßnahmen im Rahmen der Ortskernsanierung vorgesehen sind. Kämmerer Alexander Hofer teilte mit, dass sich durch die verschiedenen Änderungen die Kreditaufnahme von 93.000 auf ca. 500.000 € erhöhen wird.

Anschließend erfolgte die Aussprache zum Haushaltsplanentwurf 2021. Erich Fehrenbacher regte an, die neue Heizung für das Rathaus und des Haus des Gastes bereits kurzfristig zu ersetzen. Diesbezüglich verwies er auf die Möglichkeit, die Bezuschussung von 45 % zu erhalten. "Bei Gesamtkosten von 172.550 € ist der Zuschuss nicht unerheblich", folgerte er. Stefan Weinmann stimmte dem zu, regte jedoch an, zum Rathausbereich eine Grundsatzdiskussion zu führen. Hubert Nagel sprach die 10.000 € für die Galerie Wilhelm Kimmich hinsichtlich der Konzeption, die für "Wilhelm Kimmich in den Schaufenstern" gedacht ist, an. Er bat, diese Kosten mit den Kosten für eine Stele, die beim Buswartehäuschen am Rathausvorplatz angebracht werden soll, zusammen zu führen, sodass ein Gesamtbetrag von 24.000 € entsteht. "Bei dieser Stele könnte Wilhelm Kimmich sehr gut präsentiert werden", sagte er. Stefan Weinmann bat, die Planungsrate für "Wilhelm Kimmich in den Schaufenstern" zu belassen, aber trotzdem die Stele optimal auszurüsten.

Stefan Weinmann sprach die Anlegung eines Bachzugangs zwischen Friedhofstraße und Kirchplatz an. „Aus meiner Sicht ist der dortige Bereich nicht so attraktiv und es müssten doch erhebliche Kosten aufgewendet werden“. Bürgermeister Norbert Swoboda gab zu bedenken, dass dort mit erheblichen Zuschüssen aus der Ortskernsanierung der Bereich neu gestaltet werden kann. Weiter sprach Stefan Weinmann die fällige Sanierung beim Rabenfelsen an. „Der jetzt enthaltene Kostenanteil der Gemeinde von 140.000 € hat sich fast verdoppelt", sagte er. Es wäre zu überlegen, ob diese Maßnahme geschoben werden kann. Diesbezüglich verwies Bürgermeister Norbert Swoboda auf die Absprachen mit dem Landkreis und dem Grundstückseigentümer. Dort war eine Kostentragung von jeweils einem Drittel vereinbart worden. "Das entsprechende Gutachten bezüglich der Sicherheit lässt uns wahrscheinlich keine andere Wahl, als dass die Maßnahme

durchgeführt werden muss", bedauerte er. Eine weitere Anfrage von Stefan Weinmann betraf die Sanierung der Straße Wittum mit Kanal und Wasserleitung. "Diese schieben wir schon lange vor uns her und wir müssen überlegen, ob dort nicht bereits jetzt eventuell auch nur ein Abschnitt machbar ist. Gegebenenfalls könnte aus meiner Sicht die Maßnahme Kammermartinsdobel noch geschoben werden". Bürgermeister Norbert Swoboda verwies in diesem Zusammenhang auf die sehr marode Wasserleitungen Kammermartinsdobel, die kaum Aufschub duldet. Hubert Nagel bat ebenfalls, die Sanierung der Straße Wittum zu forcieren. "Diese Angelegenheit sollten wir in den nächsten 1 bis 2 Jahren unbedingt angehen", forderte er. Bürgermeister Norbert Swoboda schlug vor, gerade solche Themen im Rahmen einer Klausurtagung zu besprechen und gegebenenfalls künftige Prioritäten festzulegen. Auch Johannes Geprägs bat, die schon lange bekannte Maßnahme Wittum möglichst bald in Angriff zu nehmen.

Auf Anfrage von Rolf Buchholz bestätigte Bürgermeister Norbert Swoboda, dass für die Wahlen eine entsprechende Kostenerstattung von Bund und Land erfolgt. Tobias Fehrenbacher sprach das Projekt "Unser Dorf hat Zukunft" an. Bürgermeister Norbert Swoboda bestätigte, dass dort lediglich Mittel in Höhe von 5.000 € für gegebenenfalls eine Moderation oder Bürgerbeteiligung im Haushaltsplan enthalten sind. "Projekte die sich daraus ergeben, können dann jedoch wieder über den Haushaltsplan oder über einen der künftigen Haushaltspläne abgewickelt werden", erläuterte er. Sonja Rajsp regte an, die Themen Digitalisierung, Sitzungsunterlagen und digitale Hybridsitzungen anzusprechen und aufzuarbeiten. Auch Stefan Weinmann bat, die Voraussetzungen zum Abhalten einer Hybridsitzung zu schaffen. "Mit einigen Hardwareschritten, da rechne ich mit ca. 5.000 €, ist in diesem Bereich sicher viel möglich", folgerte er. Auch die Handlungsfähigkeit des Gemeinderates wäre gerade in schwierigen Zeiten besser gewährleistet. Sonja Rajsp hob in diesem Zusammenhang die größere Flexibilitätsformen hervor, wenn entsprechende Sitzungsformate gewählt werden.

Letztlich beschloss der Gemeinderat, die Mittel für eine neue Heizung im Rathaus zusätzlich in den Planentwurf aufzunehmen. Die Kosten für die Hardware für mögliche Hybridsitzungen sollen aus dem allgemeinen "EDV-Topf" entnommen werden. Zudem beschloss der Gemeinderat, die Gebühren und Steuerhebesätze nicht zu verändern. Außerdem wurde dem Stellenplan, dem Ergebnishaushalt und dem Finanzhaushalt sowie dem Haushalt für Wasser- und Energieversorgung zugestimmt.

Die besprochenen Veränderungen werden nun in den Haushaltsplanentwurf aufgenommen, damit dieser mit der entsprechenden Satzung in der nächsten Gemeinderatssitzung, voraussichtlich am 22.12.2020 verabschiedet werden kann.

Keine Einwohnerfragestunde - Lediglich eine Anfrage aus der Mitte des Gemeinderates

In der Gemeinderatssitzung vom 14. Dezember waren keine Zuhörer anwesend, sodass die Einwohnerfragestunde entfiel.

Im Rahmen der Anfragen regte Stefan Weinmann an, über einen Bikepark in Lauterbach nachzudenken. Als gelungenes Beispiel nannte er die entsprechende Einrichtung in Hardt. Die Anregung kann mit in die Ideensammlung zu "Unser Dorf hat Zukunft" einfließen.

